

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einschulung kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Einschulung 20 Goldpfennige. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum 12 Goldpfennige, die Zeilenzeile 35 Goldpfennige. Erscheinung der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung bis zur Wiederaufnahme auf Verlangen. Spätkosten innerhalb 3 Tagen. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 181.

Altensteig, Freitag den 30. November.

Jahrgang 1923

Wandlungen in der Kabinettsbildung.

Demokraten gegen Deutschnationalen.

Berlin, 29. Nov. Die Bildung eines „Bürgerblocks“ für ein Ministerium Stegerwald muß als gescheitert angesehen werden. Die Deutschnationalen bestehen auf ihrer Forderung, die Große Koalition in Preußen aufzuheben, das heißt die Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung auszuschließen. Die Demokratische Reichstagsfraktion hat die Forderung der Deutschnationalen rundweg abgelehnt und erklärt, sich an weiteren Verhandlungen nicht mehr beteiligen zu wollen. Die Demokraten beschließen:

1. keinem Kabinett beizutreten, dem die Deutschnationalen angehören;
2. auch ein solches Kabinett nicht stillschweigend zu tolerieren, und
3. niemals an der Großen Koalition in Preußen rütteln zu lassen.

Durch den Beschluß der Demokraten ist die Lage außerordentlich erschwert, die bis am Mittwoch noch als günstig anzusehen war, da die Deutschnationalen in verschiedenen Besprechungen und Stellungnahmen mit anderen bürgerlichen Parteien sich entgegenkommend gezeigt hatten. Unter dem Eindruck der auf einmal brüsk abweisenden Haltung der Demokraten haben sich am Mittwochabend die Führer der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums zusammengeschlossen, um die Möglichkeiten zu beraten, ein Kabinett auch ohne die Unterstützung der Demokraten zu bilden. Der Abg. Stegerwald soll, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, auf dem Standpunkt stehen, daß für ihn die Bildung eines Kabinetts nur auf parlamentarischer Grundlage aller fünf bürgerlichen Parteien in Betracht käme.

Stegerwald verzichtet auf die Kabinettsbildung.

Berlin, 29. Nov. Gegen 2 Uhr wurde im Reichstag bekannt, daß Stegerwald endgültig darauf verzichtet habe, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Da inzwischen der Brief der Deutschnationalen Fraktion an den Reichspräsidenten, worin dieser zur Berufung der Deutschnationalen und zur Auflösung des Reichstags aufgefordert wird, bekannt geworden ist, so ist die Situation womöglich noch unübersichtlicher als zuvor. Die Kombination des Kabinetts der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft bleibt noch aufrecht. Indessen spricht man jetzt wieder von einer Rückkehr Stresemanns.

Bitte, der nächste!

Berlin, 29. Nov. Es verlautet im Reichstag, daß der Zentrumsführer Marx gebeten worden ist, sich zum Reichspräsidenten zu begeben. Er soll die Kabinettsbildung übernehmen.

Die Deutschnationalen an den Reichspräsidenten.

Berlin, 29. Nov. Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Nach dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann hätte es der parlamentarische Brauch erfordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Kabinettsbildung beauftragt worden wäre. Das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, auf den verschiedensten Wegen Versuche zur Neubildung der Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben sich sowohl die außenpolitische Lage des Reichs, wie auch die innere und wirtschaftliche Not des deutschen Volks so verschärft, daß eine weitere Hinauszögerung der Kabinettsneubildung nicht verantwortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit erwartet Abwendung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Neuorientierung nach rechts. Wenn der Reichstag in seiner überalterten Zusammenfassung nicht fähig ist, dieser Stimmung des Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entscheidung des Volkes anrufen und der neu zu bildenden Regierung die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags geben. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns zur Regierungsbildung zur Verfügung.

Der Reichspräsident an die Deutschnationalen.

Der Reichspräsident hat auf dieses Schreiben wie folgt geantwortet:

In Erwiderung Ihres heutigen Schreibens muß ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Reichsverfassung die Berufung eines Mannes, der die Reichsregierung bilden und leiten soll, meiner freien Entscheidung überläßt. In

Ausübung dieses mir verfassungsmäßig zustehenden Rechtes bekrante ich bisher mit der Bildung der neuen Regierung stets eine Persönlichkeit, deren politische Stellung die weite Aussicht auf eine schnelle Zusammenstellung eines arbeitsfähigen Kabinetts zu bieten schien. Diesen Weg ging ich auch in der gegenwärtigen Krise. Wenn ich davon absah, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Neubildung der Regierung zu betrauen, so geschah das, weil ich durch meine vertrauliche Aussprache mit den Führern der Reichstagsfraktionen am Abend des 23. Nov. zu der Überzeugung kommen mußte, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem hatte ich aus der Besprechung mit Hr. Erzberger am Freitag Abend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei keinen entscheidenden Wert auf die Führung bei der Regierungsbildung legte, vielmehr mit der Kanzlerkandidatur eines Mitglieds der Deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war. In dem übrigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit dem Abgeordneten v. Karborski, der mir von den Fraktionsleitungen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für die Regierungsbildung in Vorschlag gebracht worden war, übereingekommen war, der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Posten zur Besetzung durch Männer ihres Vertrauens anzubieten. Die Auffassung, daß jede Hinauszögerung einer Kabinettsbildung die Interessen des Reichs schädigt, teils ich durchsah. Nachdem mein Versuch, ein überparteiliches Kabinett, das von allen bürgerlichen Parteien getragen werden sollte, zu berufen, mißlungen war, habe ich alles getan, was in meiner Möglichkeit lag, um die im Reichstag geführten Verhandlungen der bürgerlichen Parteien zu beschleunigen. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, gescheitert. Darauf habe ich meine Rückschlüsse dem Reichstagsabgeordneten Senatspräsidenten Marx mit der Bildung der Regierung beauftragt, die von den Mittelparteien getragen wird.

Vor der Lösung der Rheinlandfrage?

Wie man weiß, sind seit dem jüngsten Rheinischen Provinziallandtag in Barmen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Rheinlande und dem französischen Oberkommissar Tirard über die nächste Gestaltung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten im Gange. Daneben liefen bis in die letzten Tage Besprechungen mit der Reichsregierung über das künftige Verhältnis der Rheinlande zum Reich. Seit der Aufgabe des passiven Widerstandes war es immer klarer geworden, daß die Rheinlande nach Lage der Dinge im Wesentlichen selber die Gestaltung ihrer Zukunft übernehmen müssen, denn da die katastrophale Finanzlage des Reichs es als unmöglich erscheinen läßt, daß das Reich die besetzten Gebiete auch fernerhin ausreichend finanziell unterstützt, und da das Finanzproblem der Rheinlande in der Hauptsache ein Problem der nach dem passiven Widerstand entstandenen Arbeitslosigkeit ist, so ergab sich als einziger Rettungsweg, daß die Rheinlande sich nach Vermögen auf eigene Füße stellen mußten. Der demokratische Abgeordnete Erlenz teilte nun mit, was aus den bisherigen Verhandlungen mit den Franzosen herausgekommen ist. In Anlehnung an den vom Währungskommissar Dr. Schacht gemachten Vorschlag ist mit Tirard über die Frage beraten worden, ob und in welcher Form die besetzten Gebiete zu einem Selbstverwaltungskörper zusammenzufassen seien, an dessen Spitze ein zwei- bis fünfköpfiges Direktorium zu treten hätte. Dieses Direktorium würde ein Ausschuß als beratendes Gremium zur Seite stehen. Das Rheinland als Selbstverwaltungskörper würde eine eigene Verwaltung und eigene Finanzhoheit haben und die Souveränität des Reichs und der Länder würde, natürlich nur für die Zeit des jetzigen Zwangszustandes, auf das genannte Direktorium übergehen. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß eine solche Lösung das Ende mancher Hoffnungen und den Anfang sehr vieler Befürchtungen darstellen würde.

Im Reichstag trat am Dienstag der 15.er Ausschuß des Rheinlandes mit den rheinischen Abgeordneten aller Parteien zusammen. In erster Linie wurde die Wahl des Verwaltungsrats für das Rheinland erörtert. Grundsätzlich wurde beschlossen, daß ein Verwaltungsrat von 56 Mitgliedern gewählt werden soll. Wahlberechtigt sollen nur Mitlieder des

Reichstags, des preussischen Landtags und des Provinziallandtags sein, sobald sie im besetzten Gebiet sind. Einbezogen sind die Enklaven von Hagen und Elberfeld. Die Wahlen zu dem Verwaltungsrat sollen nach dem Schlüssel auf Grund der letzten Reichstagswahlen erfolgen. Der Termin für die Wahlen ist noch nicht anberaumt.

Außerdem befaßte sich die Ausschüsse mit der wirtschaftlichen Notlage des besetzten Gebietes. Beim Reichspräsidenten sowohl wie beim Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seckt, sollen Vorstellungen erhoben werden wegen des Verbots der Ausgabe von fälschlichem Notgeld im besetzten Gebiet.

Ähnlich wird noch mitgeteilt:

Durch den Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Erlenz auf dem außerordentlichen Parteitag der Deutschdemokratischen Partei in Elberfeld gehalten hat, hat zum erstenmal die breitere Öffentlichkeit von den Verhandlungen Kenntnis erhalten, die in letzter Zeit zwischen Vertretern der Bevölkerung des besetzten Gebietes und dem französischen Mitgliebes und Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz, Tirard, stattgefunden haben. Erlenz hat in diesem Zusammenhang die auf deutsche Seite bestehenden Pläne über die Zusammenfassung der besetzten Gebiete zu einem Zweckverband erwähnt. Da hierbei davon gesprochen wird, daß das neue Gebilde Finanzhoheit haben müßte, sowie das Recht und die Pflicht, alle Maßregeln zu treffen, die ein souveräner Staat auf seinem Gebiete treffen könnte, sind vielfach irrtümliche Auffassungen erweckt worden, als wenn man sich deutscherseits mit Änderungen in den Staats- und Landeshoheiten des besetzten Gebietes abgefunden hätte. Dies ist völlig unzutreffend. Bei den verschiedenen Besprechungen, die zwischen Vertretern der besetzten Gebiete und den Regierungen des Reichs und der Länder stattgefunden haben, bestand völlige Einmütigkeit darin, daß an den Hoheitsverhältnissen im besetzten Gebiet weder in bezug auf das Reich noch in bezug auf die Länder während des gegenwärtigen Zustandes irgendwelche Änderungen eintreten könnten.

Es sei aber ausdrücklich festgestellt, daß weder auf Seiten der Reichsregierung noch auf Seiten der Bevölkerung jemals daran gedacht worden ist, im Wege dieser Verhandlungen irgendwelche dauernden Veränderungen in den gegenwärtigen staats- und völkerrechtlichen Verhältnissen des besetzten Gebietes eintreten zu lassen.

Ein folgenschwerer Vertrag.

Nachdem nunmehr der Wortlaut des Düsseldorf-Vertrages vom 23. November vorliegt, der zwischen deutschen Industrievertretern im Einverständnis mit der deutschen Regierung und der interalliierten Kontrollkommission abgeschlossen wurde, muß sich jeder, der dieses Abkommen genau studiert hat, den Worten des deutschen Unterzeichners, des Generaldirektors Dr. Bögl von Deutsch-Luz., anschließen, daß der Vertrag nämlich sehr schwer ausführbar sein wird. Sachlich gesehen zerfällt der Vertrag in drei Teile, dessen erster Teil die Kohlenproduktion behandelt.

In der Frage der Kohlensteuer ist den Werken ein Entgegenkommen gezeigt worden. Die Kohlensteuer braucht nicht sofort gezahlt zu werden. Dagegen bedeutet die Festsetzung der künftigen Kohlensteuer in Höhe von 10 Franken pro Tonne nicht nur einen Eingriff in die Steuerhoheit des Deutschen Reichs (die Kohlensteuer ist bekanntlich vor einiger Zeit aufgehoben worden), sondern auch eine schwere Belastung der Produktion. Selbstverständlich gehen die Reparationslieferungen, die Bedürfnisse der Besatzungsstruppen und der Eigenverbrauch der Heeren jeder anderen Verwendung der Kohle vor, also auch der Ausfuhr ins unbefetzte Gebiet. Man kann sich ungefähr denken, welche Folgen das für die Industrie des unbefetzten Gebietes hat, die ihre Rohstoffgrundlage im besetzten Gebiet besitzt. Dazu ist außerdem durch diese Bestimmung die Ausfuhr des deutsch-holländischen Kohlenabkommens fraglich, was wiederum auf unsere Lebensmittelausfuhr (vor allem Margarine) nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Der zweite Teil behandelt die metallurgische Produktion. Hier ist der Ausfuhr an Metallprodukten eine bedeutende Erschwerung auferlegt, die sich nicht nur auswirken wird auf die Metallproduktion und metallurgische Fertigungsindustrie des besetzten Gebietes, sondern in noch viel größerem Maße auf die des unbefetzten Deutschland. Es wird nämlich bestimmt, daß Metalle und deren Halbfabrikate nur in dem Um-

fang in das unbesetzte Deutschland ausgeführt werden dürfen, soweit die daraus hergestellten Fertigprodukte wieder in das besetzte Gebiet zurückkommen. Eine ständige Ueberlicht über den Aufbau der großen deutschen Montanindustrie, die ihre Rohstoffgrundlage und Halbfabrikatswerke im besetzten Gebiet haben, lehrt, daß durch die eben erwähnte Bestimmung die Werke der Fertigungsindustrie im unbesetzten Deutschland dadurch in ihrer Produktionshöhe abhängig sind von den erteilten Ausfuhrbewilligungen der internationalen Kontrollkommission.

Wenn wir als dritten Punkt die Regelung der Verkehrsangelegenheiten herausgreifen, so deshalb, weil an ihnen die Hoheitsgewalt und Teilhaberschaft des Vertrages nachgewiesen werden kann. Die internationalen Kontrollkommission, d. h. die Franzosen und Belgier verpflichten sich, die requirierten Waggons und Lokomotiven den Werken nur in dem Umfang zuzulassen, wie sie sie benötigen. Die Aufgabe ist also praktisch in das Weite der Kommission gestellt.

Wendet man die einzelnen Vertragsbestimmungen durch, so bedeutet das Abkommen nach seinem Wortlaut eine außerordentlich schwere Belastung nicht nur der Ruhrwirtschaft, sondern infolge der Verflechtung der gesamten deutschen Wirtschaft, auch der Wirtschaft des unbesetzten Deutschlands. Wir bezweifeln sogar, daß die Ausfuhr des Vertrages überhaupt möglich ist. Wichtig allerdings, und das ist der deutsche Erfolg beim Abschluß des Düsselbacher Abkommens, ist, daß mit dem Abschluß dieses Vertrages die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung nicht anerkannt worden ist. Wie die Reparationskommission sich zu diesem Vertrag stellen wird, ist vorläufig noch eine offene Frage.

Neues vom Tage.

Die parlamentarische Lage.

Berlin, 20. Nov. Wie die T. L. aus Reichstagskreisen erfährt, hat die Entwicklung der letzten Tage bewiesen, daß die Bildung einer Mehrheitsregierung auf parlamentarischer Grundlage so gut wie unmöglich ist. Nachdem Stegerwald die Bildung eines Kabinetts nunmehr endgültig abgelehnt hat, bleibt als letzter Ausweg die Bildung eines Kabinetts unter Führung von Marx, das mit parlamentarischer Zustimmung regiert, oder ein überparteiliches Kabinett. Viel Zeit ist nicht mehr zu verlieren, denn die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten haben sich derart zugehäuft, daß eine Lösung der Krise gefunden werden muß, wenn nicht das Deutsche Reich unübersehbaren Schäden erleiden soll. Die letzte Entscheidung liegt beim Reichspräsidenten, und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß er dem gegenwärtig noch regierenden Kabinett Stresemann die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages erteilt.

Luther legt sein Amt nieder.

Berlin, 20. Nov. Reichsfinanzminister Dr. Luther hat an den Reichspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er ihn bittet, ihn von der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums zu entbinden, da er nicht glaubt, weiterhin die Verantwortung für die Finanzgeschäfte Deutschlands während eines regierungslosen Zustandes tragen zu können.

Rentenmark im Postfachverkehr.

Berlin, 20. Nov. Der Postfachverkehr wird vom 13. bis 15. Dezember auf Rentenmark umgestellt, so daß Postfahrgäste vom 17. Dezember ab über ihr Guthaben in Rentenmark verfügen können.

Pirmasens von den Separatisten besetzt.

W. B. München, 20. Nov. Nach einer Meldung aus Pirmasens haben die Separatisten heute Vormittag Pirmasens besetzt. Die öffentlichen Gebäude befinden sich in ihrer Hand.

Exzerpt.

Nichts ist wahrlich so wünschenswert und erstrebend, als wenn Mann und Weib in herzlicher Liebe vereint, ruhig ihr Haus verwalten; dem Feind ein trübender Blick, aber Wärme dem Freund; und mehr noch gemessen sie selber.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenrein.

(37)

(Nachdruck verboten.)

„Es geht nicht, Verbaner. Ich darf's nit tun und kann es nicht! Wenn dir so viel liegt an der Heimat, dann sei vernünftig und nimm, was ich dir bieten kann.“ Er ist bewegt und spricht milde. Der Bursche tut ihm wirklich leid. Aber Stillsiedel verborgen auf einen ohnehin schon arg belasteten Hof geht wirklich nicht.

Hans greift mit bebender Hand nach seinem Hut und wendet sich ab: „Keine Müß“, murmelte er verächtlich, „irgendwas keine Müß... fell ist wohl eine harte Welt, in die mich unser Herrgott gesetzt hat!“

Draußen in dem nebeligen verhangenen Herbsttag wirkt ihm erst recht nicht leichter. Ziellos tannelt er vorwärts. Ueber den Wiesen glänzt der Reif, vor den Bergen steht der Nebel, der Wald ist fast laublos, die Ähre gelbbraun.

Wohin er geht, weiß er nicht. Wirre Gedanken fahren ihm durch den Kopf. Den Hof hat sie hinterläßt verlassen wollen, die Mutter, wiewohl sie's abgerebet haben, daß sie ihn nicht hergeben! Und das Stilt möchte ihm den Wald wegnehmen. Den schönen, lieben, alten Wald, in dem der Vater jeden Baum geschnitten hat, so nötig er manchmal Bargeld gehabt hätte...

Dann lacht Hans auf einmal wild auf. Es fällt ihm ein, wie der Vater gesagt hat, daß das Verbanerhans ihm höchstens gut für Stille und Speisger wäre.

Aus Stadt und Land.

Montag, 20. November 1920.

Wichtiges von der Post. Postenbürgern, die nach Aufgabe der neuen wertbeständigen Postmarken (1. Dez.) noch mit Freimarken der bisherigen Art in Papiermarkzahlung noch dem Kennwert der Marken zu wertbeständigen Stücken richtig freigewacht wurden, werden solange nicht beantragt, als diese Marken nicht als ungültig erklärt werden. Wenn die Verwendung aller Marken nicht zur vollständigen Freimachung ausreicht, hat der Empfänger bei Auszahlung noch das 1/10fache des Fehlbeitrages unter Aufzahlung auf volle 10 Neuterpfennig zu zahlen.

In der Nacht vom 10. November zum 1. Dezember werden im Allgemeinen um 12 Uhr die Briefkästen außerordentlich geleert. Später in die Briefkästen gelegte Sendungen unterliegen den neuen Befahrensregeln, doch werden Sendungen aus Briefkästen, die nicht am Mittwoch geleert werden können, bei der ersten Belegung nicht als unzureichend freigewacht angesehen. Die Gewicht- und Gebührensätze werden bei Briefen im Orts- und Fernverkehr auf 2 (bis zu 20 gr und über 20 bis 500 gr) beschränkt. Für Wertsendungen wird eine Einschreibgebühr im allgemeinen nicht erhoben.

— **Dezember.** Der zwölfte Monat des Jahres, der zugleich den Abschluß gibt, heißt Dezember, der zehnte, weil er im altromischen Kalender der zehnte Monat des Jahres war. Seine deutsche Bezeichnung ist „Zus-Christ- oder Wintermonat“, denn in ihm wird das Jahr oder Weihnachtsfest gefeiert und er ist der erste der drei Wintermonate. Zwar gibt es im Dezember häufig noch schöne Tage, die für ihn charakteristische Erscheinungsweise ist aber die mit den Attributen des Winters, mit Eis und Schnee. Der Dezember ist in der Natur der Monat des Beginnes der Winterruhe, die bis in den Januar anhält. Im Dezember dauert die Abnahme der Tageslänge bis zum 22. Dezember an, dem kürzesten Tage und dem Tage des Beginnes des astronomischen Winters. Von da an nehmen dann die Tage, zunächst allerdings noch wenig merklich, zu. In der Zeit der kürzesten Tage feiern die Germanen bekanntlich das Julefest, aus dem unser Weihnachtsfest oder Christfest entstanden ist. Dieser Umstand gibt dem Monat Dezember sein Gepräge, so daß der deutsche Name „Zus- oder Christmonat“ für den Dezember wohl berechtigt ist. Der Dezember umfaßt 31 Tage, davon sind 5 Sonntage, die ersten vier die Adventssonntage. Der 8. Dezember ist ein katholischer Feiertag, der Tag der unbesetzten Empfängnis Mariä, der 25. und 26. Dezember sind die Weihnachtstage, der 31. ist der Silvester- oder Jahresabschluss. Nach den Wetterregeln will der Landwirt einen kalten, schneereichen Dezember; so lautet eine Wetterregel: „Auf kalten Dezember mit tüchtigem Schnee, folgt ein fruchtbares Jahr mit reichlichem Klee.“

— **Die Hypothekenaufwertung.** Der Streit um die grundsätzliche Möglichkeit der Aufwertung von Hypotheken ist durch ein Urteil des Reichsgerichts in Berlin in dem Sinne entschieden worden, in dem u. a. ausgeführt wird: Die rechtlichen Möglichkeiten der Aufwertung seien nach § 242 und § 604 B.G.B. durchaus anzuerkennen. Es komme vor allen Dingen in Betracht, daß der Schuldner aus dem gestiegenen Wert des Grundstücks einen Ausgleich findet. Allerdings kann, so heißt es weiter, nicht schlechthin gesagt werden, daß alle Hypotheken grundsätzlich oder etwa gar, daß sie im Verhältnis der Papiermark zur Goldmark aufgewertet werden müßten. Neben dem gestiegenen Wert des Grundstücks sei auch die wirtschaftliche Lage des Hypothekenschuldners, die Art des Grundstücks, ob industrielles, landwirtschaftliches oder Hausgrundstück, seien vor allen Dingen auch die auf dem Grundstück ruhenden öffentlichen Lasten zu berücksichtigen. Auch das deutsche Währungsrecht stehe der Zulässigkeit einer Aufwertung der Hypotheken durchaus nicht entgegen. Die früheren Währungsbesetze beruhten auf der Auf-

fassung, daß Banknoten und Kassenscheine im Wert dem Metallgeld gleichstehen. An eine so wesentliche Entwertung des Papiergeldes, wie sie in den letzten Jahren tatsächlich eingetreten sei, habe der Gesetzgeber bei Erlass der Vorschriften nicht gedacht und nicht denken können. Nach dem Eintreten des katastrophalen Währungsverfalls bestehe so ein Widerspruch zwischen den Währungsvorschriften und dem § 242 B.G.B. In diesem Widerspruch sei unbedingt dem § 242 der Vorrang zu geben. Der Grundsatz, Mark gleich Mark, könne nicht bedingungslos aufrecht erhalten werden. Wegebenfalls sei es auch zulässig, den § 157 B.G.B. zur Entscheidung heranzuziehen.

— **Die Reichsindexziffer.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Stat. Reichsamtes vom Montag, den 23. November, auf das 153,5miliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit (831 Milliarden) beträgt demnach 84,7 v. H.

— **Amliche Großhandelsindexziffer.** Die auf den Stichtag des 27. November berechnete Großhandelsindexziffer des Stat. Reichsamtes ergibt in Papiermark bei einem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark das 142,2miliardenfache des Friedensstandes und hat somit gegenüber dem Stand vom 20. Nov. (141,4 Ma-fach) keine wesentliche Veränderung erfahren. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) stellt sich am 27. Nov. auf 142,3 gegen 141,3 am 20. November.

— **Käufer erster und zweiter Klasse.** Käufer erster Klasse sind solche mit wertbeständigem Geld. Sie werden mit besonderer Höflichkeit bedient und bevorzugt, während die übrigen, in Papiermark zahlenden Käufer als solche zweiter Klasse behandelt werden. Glücklich diejenigen, die in Betrieben arbeiten, die in wertbeständigem Geld auszahlen. Leider können nicht alle Firmen die nötigen Summen aufstreifen, um ihre Leute mit den so sehr begehrten Industrie- und Handelsnoten oder Rentenmarktscheinen zu befriedigen.

— **Freudenstadt, 20. Nov. (Um wertbeständiges Notgeld.)** — **Gesuch um Verstaatlichung der hiesigen Polizei.** Die Stadtgemeinde Freudenstadt hat im Benehmen mit dem Schultheißenamt Boiesbronnen sich mit einem Gesuch um die Genehmigung einer wertbeständigen Notgeldausgabe an das Ministerium des Innern gewandt. Wie von dort mitgeteilt wird, hat das Gesuch keine Aussicht auf Erfolg, da zurzeit die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld durch den Markt. Stadtrat geplant sei. Wie vom Vorstehenden in der letzten Gemeinderatssitzung mitgeteilt wird, erachtet man an zuständiger Stelle die Deckung mit Kundschaft nicht als genügend und schnell realisierbar, weshalb er mit dem Ortsrat feierlich von Boiesbronnen und den beiden Forstmeistern noch persönlich beim Ministerium vorstellig zu werden gedenkt. — **Auf Antrag der hiesigen Polizeimannschaft** beschloß der Gemeinderat einstimmig, das Ministerium des Innern zu ersuchen, die Verstaatlichung der hiesigen Polizei vorzunehmen. Nach den gesetzlichen Vorschriften ist eine Verstaatlichung der Polizei zwar auf die Stärke über 10 000 Einwohner beschränkt, da Freudenstadt nahe an diese Grenze heranreicht und im Sommer weit mehr Einwohner als 10 000 hat, so erhofft man die Genehmigung des Ministeriums.

— **Stuttgart, 20. Nov. (Bierpreiserhöhung.)** Der Württ. Brauereiverband G. m. b. H., der Mittelschwarzbirne Brauereiverband E. B. und der Württ. Brauereiverband E. B. haben mit sofortiger Wirkung folgende Bierpreise festgesetzt: 10prozentiges Lagerbier: Fäßbier 33 Goldpfennig für das Liter, Ausschankpreis 13 Goldpfennig das 0,3-Literglas. Pilsenerbier: Einkaufspreis 0,5 Literflasche 27 Pf., 0,7-Literflasche 37 Pf., Wiederverkaufspreis über die Straße 30 bzw. 40 Pf. Spezialbiere: Kaffbier 44 Goldpfennig das Liter, Ausschankpreis

Die Stube, in der schon der Ebnel als kleiner Buhl gespielt — und jetzt ein Stall für Ochsen oder Säue! Und kein Geld. Kein Geld...

„Pöplich, er weiß nicht was, steht er im Viehgraben mitten in seinem Hochwald.“ Stilt und heilig ist's um ihn wie in einer Kirche. Nur in den fast entlaubten Kronen ein leises Flüstern und Wispern.

Hans wagt kaum zu atmen. Andächtig sieht er an den mächtigen grauen Stämmen entlang. Schier ehrwürdig so ein Baum, wenn man denkt, was er alles miterlebt hat, seit er als lichtgrüner Schößling aus der schwarzen, gesegneten Erde kam.

Wenn irgendwas auf der weiten Welt — die Bäume da sind des Vaters Trost gewesen. Demen kann man alles sagen, was man sonst nicht über die Lippen bringt, denn sie nehmen's still in sich auf und plauschen nicht aus. Und an die soll die rohe Art eines Holzbauers? „Derweil ich's hindern kann, gewiß nit!“ sagt Hans laut. Dann geht er heim.

Fast Mittag ist's, als er in die Stube tritt. Die Mutter und die Stast sitzen leise flüsternd auf der Diebank. Bei seinem Eintritt verstummen sie jäh. Aber Hans wirft nicht einmal einen Blick nach ihnen. Finster vertauscht er sein Sonntagsgewand mit dem Werktagsgewand und geht hinaus nach den Ställen.

Wassl füttert gerade die Ochsen. Eine Weile sieht Hans ihm schweigend zu, dann sagt er plötzlich: „Die zwei Ferkeln dort, die Zugochsen, die schweren, werden wohl ihre 300 Gulden einbringen, denk ich.“

Wassl fährt jäh herum. „Ja, willst sie denn etwa verkaufen... unsere besten?“

„Wird wohl sein müssen, Wassl. Die Bräunlin drüben müssen auch dran. Anders weiß ich mir keinen Rat. Der Karbauer will bis zu Barbara sein Geld.“

„Bist nit... warst ja gestern in der Stadt... die Martina...?“ spottet Wassl, sich verwirrt in das borstige, graue Haar fahrend.

Da erzählt Hans ihr alles. Auch daß die Bäurin heimlicherweise den Hof verkaufen wollte.

Wassl ist sehr niedergeschlagen. Er setzt sich auf die Futterkiste und starrt bedrückt vor sich hin. Endlich sagt er kopfschüttelnd: „Sitt, Hans, das selbige, was mit'n Verkauf, mußt nit leicht nehmen! Schon lang hat's mich bedrückt, als spinnst die was aus hinter'rück, die Stast und die Bäurin. Wis acht, die geben nit nach!“

„Und wenn auch. Sie haben's ihr ja verweigert im Stilt. 's Haus ist ihnen nicht mehr wert als ein Stall.“

„Du kennst die Stast nit, Hans! Die laßt nit nach, bald sie was durchsetzen will. Wird schon ein Stegerl finden über's Wasser, wenn sie ihr auch die große Bräunlin verwehrt haben. Halt die Augen offen und schau dazu!“

Eine Weile ist es still. Dann steht Hans hoffig auf, tut einen tiefen Atemzug und sagt mit klangloser Stimme: „Deut Abend geh ich zur Lois. Komm's wie der will, ein End muß ich machen.“

Am Abend desselben Tages sieht Wassl im Hviehstall zwei Gestalten langsam Seite an Seite in den Kuhgraben hinein gehen: Hans und die Kramer-Lois.

Da atmet er zu tiefst erleichtert auf: „Du lieber Herrgott, ist wohl recht, daß du endlich ein Einsehen hast!“

Aber er erschrickt bis ins Innerste, als er eine halbe Stunde später Lois allein und sehr eilig den Weg wieder zurückkommen sieht. In der Dunkelheit hat sie wohl Wassl der am Baum lehnt, nicht bemerkt, denn sie schreiet jäh zusammen, als er ihr zuruft: „Na, Lois, du hast es wohl schreckbar gnädig? Wo hast denn unsern Bannern lassen?“

Dann gibt ihre helle Stimme scharf zurück: „Wassl nit, was mich der dalkete Bus anging? Weh dir 'u halt suchen.“

„Jesus, Lois...“

„Mit Frieden laß mich!“ schreit sie zornig. „Stehst nit, daß ich's eilig hab? Mücht sonst wohl nit bei dem Hungerbauernhof vorüber rennen... aber die Holzschichten werden schon hart warten auf mich.“

Fortsetzung folgt.



22 Goldblech mit dem 0,5-Literglas. Aufsehen: Ein-
kaufspreis 0,6 Literflasche 40 Goldblech, Wieder-
verkaufspreis über die Straße 45 Goldblech.

Keine Rentenmark. Die württ. Staatskassen-
verwaltung gibt bekannt, daß die Nachlieferung der wert-
beständigen Zahlungsmittel für die Befoldungszahlung
auf den 27. November, bei welcher auf die Beamten und
Belehrten nur Stücke von 1 bis 4 Rentenmark entfallen,
mit der nächsten Zahlung verbunden werden muß, da die
Reichsbankhauptstelle Stuttgart für diese Zahlung nicht
ein Stück zu 1 Mark geliefert hat.

Erweiterungen der Reichsbankhaupt-
stelle Stuttgart. Die Reichsbankhauptstelle Stutt-
gart hat, um den Mangel über die Beengung ihrer Räume
und über Nichtständigkeit ihrer Organisation zu begegnen,
beschlossen, im Rath. Vereinshaus St. Vinzenz, einem ihr
in der Friedrichstraße gegenüberliegenden Gebäude, große
Rebenräume zu mieten und darin außer der Rentenmark-
Abgabestelle eine Reihe von sonstigen Kassen und Ge-
schäftsstellen unterzubringen.

Trossingen, 29. Nov. (Mäuserischer Ueber-
fall.) Das Ladengeschäft des Karl Daller betreten zwei
Burschen, um Waren, Hemdenzeug usw., einzukaufen.
Sie wurden von dem Besitzer selbst bedient. Als das Ge-
schäft eingekauft war und es an das Bezahlen ging,
nahm der eine das Palet und im gleichen Moment er-
hielt Daller von dem anderen einen mit einem Revolver
geführten wuchtigen Schlag auf den Kopf. Trotzdem hatte
der Ueberfallene, ein kräftiger Mann, noch die Geistes-
gegenwart, den Burschen zu fassen und festzuhalten, bis
ihm auf seine weitere Person zu Hilfe kamen und den Täter
entwaffneten und verhafteten. Dem anderen ge-
lang es zunächst zu entkommen, das Palet hat er jedoch
vor dem Ladenlokal weggeworfen. Der Haupttäter und
Urheber des Ueberfalls ist der 22-jährige ledige Franz Gei-
ger, der andere der 20-jährige August Faulhaber, beide
sind von Schönbühl, O.A. Rottweil, und fanden in
einer hiesigen Fabrik in Arbeit. Faulhaber wurde in
Schura festgenommen.

Günningen, 29. Nov. (Notlage der Samen-
händler.) In sonstigen Jahren waren in unserem
„Städtchen“ in jedem zweiten Hause die Fensterläden zu,
d. h. fast die ganze Einwohnerschaft mit Ausnahme der
ganz Alten und der Jüngsten war auf der Reise. Nicht
so ist es dieses Jahr. Die hohen Sameneinkaufspreise so-
wie die eminent hohen Preise- und sonstigen Kosten sind
baran schuld, daß der größte Teil der Samenhändler nicht
in die Ferne ziehen konnte, ausgenommen diejenigen,
die ihren Kundenkreis in der Schweiz, Oesterreich und
in der Tschechoslowakei haben.

Frankenthal, 29. Nov. (Separatisteneinbruch.)
Mittwoch morgen um 10 Uhr wurde Frankenthal von den
Separatisten besetzt. Sie haben sämtliche öffentliche Ge-
bäude in ihre Hand bekommen. Anführer ist ein gewisser
Schmitz-Eppes, der in Frankenthal von seiner Tätigkeit
für die „Freie Bauernschaft“ bekannt ist. In irgend wel-
chen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Müllheim, 29. Nov. (Weinpreise.) Das Weinge-
schäft hat in der letzten Zeit wieder etwas angezogen.
1923er wurde durchschnittlich zu 70 Goldmark pro Hekto-
liter angeboten.

Grund- oder Goldpreise.

Die Grundpreise der meisten Waren, insbesondere der
wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, werden
jetzt fast allgemein in Goldmark berechnet. Neuerdings
gehen diese Goldgrundpreise vielfach nicht nur über die
Vorkriegspreise, sondern auch über die Weltmarktpreise
hinaus und werden immer wieder erhöht. Diese
Preistreiberie ist nicht gerechtfertigt. Ein
Sicherungszuschlag gegen Geldentwertung bei Bezahlung
in Papiermark mag begründet sein, auf der andern Seite
ist zu beachten, daß bei den Gestehungskosten eine Reihe
von Posten die Höhe der Vorkriegskosten noch nicht er-
reicht haben. In dieser Hinsicht sei unter anderem nur
an Mieten, Löhne, Ausgaben für Bekleidung, Geschäfts-
reisen, an die verkürzte Verkaufszeit und dergleichen erin-
nert; auch müssen Unternehmerlöhne und Unternehmern-
gewinne der allgemeinen Senkung der Lebenshaltung
entsprechend sich unter den Vorkriegsjahren halten. Ins-
besondere ist es durchaus unzulässig, zu glauben, daß
bei verringertem Absatz der frühere Gesamtverdienst eines
Geschäftsmannes jetzt durch höhere Prozentsätze für Un-
ternehmergewinn wieder heringebracht werden dürfte. Un-
zulässig ist es auch bei wertbeständiger Zahlung den für
Papiermarkzahlung eingerechneten Sicherungszuschlag zu
fordern. Besonders verwerflich und strafbar ist die will-
kürliche oder durch nichtige Scheingründe veranlaßte Er-
höhung der einmal festgesetzten, vorschrittmäßig berech-
neten Goldgrundpreise.

Die für die Preisprüfung und -überwachung zustän-
digen Landesstellen sind in letzter Woche aufs neue ange-
wiesen worden, die zur Zeit geforderten Goldpreise zu-
nächst für die wichtigsten Gegenstände des täglichen Be-
darfs auf ihre Angemessenheit hin nachzuprüfen und
gegen Auswüchse rücksichtslos, unter Umständen auch
durch Entziehung der Handelslaubnisse und Schließung
des Geschäfts, einzuschreiten.

Warum wertbeständiges Notgeld in Württemberg fehlt.

Beim württ. Finanzministerium waren über 100 An-
träge eingegangen, die um Genehmigung für Ausgabe
wertbeständigen Notgeldes nachsuchten. Man denke sich:
Innerhalb Württembergs über 100 verschiedene Sorten
wertbeständigen Geldes! Um diesem Wirrwarr zu ent-
gehen, entschloß sich die Handelskammer Stuttgart zusam-
men mit dem württ. Städtetags für Württemberg ein

einheitliches wertbeständiges Zahlungsmittel als Notgeld
bis zur Befriedigung des Bedarfs an Rentenmark aus-
zugeben, das durch Prozentige Schatzanweisungen zu
decken ist. Bekanntlich hat das Reich 300 Millionen
Goldmark dieser Prozentigen Schatzanweisungen aus
Steuern und garantiert. Von diesem Gesamtbetrag ent-
fallen auf Württemberg entsprechend seiner Bevölkerungs-
zahl 12 Millionen Mark, während das Reichsfinanz-
ministerium für die jetzt eingeleitete Ausgabe in
Württemberg nur 3 Millionen Mark geneh-
migte, so daß rasch eine Ueberziehung eintrat und
die Anmeldungen von Donnerstag ab gesperrt werden
müßten. Damit ist dem württ. Städtetag und der Han-
delskammer Stuttgart als Ausgabestellen vorläufig die
Möglichkeit genommen, den dringenden Bedarf an wert-
beständigem Geld in Württemberg zu befriedigen. Man
scheint in Berlin gesonnen zu sein, auch jetzt wieder,
wie in der Verteilung von Goldanleihe und Rentenmark,
Württemberg, dessen Bevölkerung durch seine
sprachliche Vermischung und aus Württemberg grenzende
Vangmut bekannt ist, zu benachteiligen. Noch
deutlicher aber wird die Zurücksetzung, wenn man erfährt,
daß der Freistaat Preußen am vergangenen Dienstag
nur für den dringendsten Staatsbedarf 25 Millionen
Mark wertbeständiges Notgeld auszugeben hat, während
für das gesamte württembergische Wirtschaftsleben 3 Mil-
lionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Es gilt, ein-
mal in Berlin klarzumachen, daß auf der einen Seite
die Reichsheit und Reichstreue auch von Berlin aus
bewiesen werden muß, auf der andern Seite aber der
Schwabe nicht nur „gutmütig bis dort raus“, sondern
auch noch etwas anderes sein kann. Vertreter des württ.
Städtetags und der württ. Handelskammer sind in Ber-
lin in diesem Sinne vorstellig geworden.

Buntes Allerlei.

Was heute noch alles möglich ist. Eine Geheim-
ratswitwe in München, die an Sterndeuterei, Wahr-
sagen, Kartenlegen und dergleichen Unfug glaubte,
ist das Opfer von Betrügern geworden. Eine oft vor-
bestrafte ehemalige Prostituierte wußte sich unter der
betrügerischen Vorspiegelung, eine berühmte Mikrol-
gin, deren Namen sie mißbrauchte, zu sein, vollstän-
dig in das Vertrauen der Geheimrätin einzuschleichen.
Die Schwindlerin und ihr angeblühener Mann wohnten
wochenlang bei der Geheimrätin, namen ihre ihr gan-
zes Vermögen ab, schickten den Sohn nach Amerika
weg und veranlaßten sie schließlich, hilflos und aller
Mittel beraubt. Die Polizei hat die gewissenlose
Schwindlerin und ihren Helfershelfer verhaftet. Wie-
der einmal ein typischer Fall, wie schwer oft harmlose
Leichtgläubigkeit gestraft wird.

Vorbildlich. In Regensburg hat eine Hilfska-
tation nach der ersten Sammlung 500 Billionen Mk.,
Alten, mehrere Wagen Holz, 1200 Meter Baumstoc-
kwaren, Kohlen, Männer-, Frauen-, Kinderstühle sowie
Sohlenleder usw. gebracht. Ein Spender hat eine Kuh
gegeben. Landwirtschaft, Industrie und Banken wie
überhaupt alle Erwerbstätigen beteiligten sich in äußerst
reger Weise an diesem Hilfswerk.

Arztstreik in ganz Deutschland. Wie aus Leipzig
berichtet wird, hat der Verband der Ärzte Deutsch-
lands mit dem StH in Leipzig in der sicheren An-
nahme, daß das Gesetz gegen die Kassenärzte bis zum
1. Dezember nicht mehr zurückgezogen wird, beschloßen,
gegen die Krankenkassen am 1. Dezember in den Streik
zu treten.

Neue Freimarken. Infolge des Streiks in der Reichs-
druckerei ist die Reichspostverwaltung wieder zur Her-
stellung von Ueberdruckmarken übergegangen. Die Frei-
marken zu 2, 4 und 10 Millionen Mk. haben den Ueber-
druck „5 Milliarden“ erhalten und die Freimarken zu
20, 50 und 100 Millionen Mk. den Ueberdruck zu „10
Milliarden“.

ep. Die katholischen Bischöfe gegen die freien Ge-
werkschaften. Soeben gibt die Fuldaer Bischofskon-
ferenz eine Erklärung bekannt, wonach es den Katho-
liken nicht gestattet ist, den freien Gewerkschaften als
Mitglieder anzugehören. Haben sie die Möglichkeit, sich
in Verbänden zu organisieren, die ihren religiösen
Interessen nicht entgegenstehen, so sind sie bei Strafe
des Ausschlusses von den Sacramenten, von wenigen
Ausnahmefällen abgesehen, verpflichtet, aus den freien
Gewerkschaften auszutreten.

Der Finanzvertrag des französischen Waldraubes. Aus
Koblenz wird mitgeteilt: Die Erträge der Beschlag-
nahmen der Wälder im Rheinland betragen im
Jahre 1923: 21 Millionen Franken. Die Erträge
1923/24 werden auf 80—100 Millionen Franken
geschätzt.

Venedig wird Festland. Die Isoliertheit der La-
gunenstadt Venedig wird in kurzer Zeit der Vergan-
genheit angehören. Im nächsten Monat soll mit dem Bau
einer Brücke begonnen werden, die Venedig eine neue
Verbindung mit dem Festland schaffen wird. Bis-
her ging der Verkehr nur über die bekannte alte Eisen-
bahnbrücke, aber jetzt soll eine richtige breite Fahr-
straße angelegt werden, die im wesentlichen dem Auto-
mobilverkehr dienen soll. Die neue Brücke soll im
Jahre 1926 fertig werden.

Die Geburt einer Insel. Nach einer Blättermeldung
aus Rangun erklärte ein Kapitän namens Tschaldina,
daß er in der Bucht von Bengalen, 23 Meilen südlich
von Allah, eine vulkanische Insel entdeckt habe,
die erst vor einigen Tagen an der Oberfläche erschienen
sei. Sie sei 600 Meter lang, 300 Meter breit und
reize 10 Meter hoch aus den Wellen empor. An der
Stelle, wo er jetzt die Insel festgestellt habe, habe man
im Jahre 1914 das Aufsteigen vulkanartiger Schlamm-
massen tiefseefischen Ursprungs festgestellt.

Halten Sie Ihrem Heimatblatt die Treue

und bestellen Sie sofort die Schwarzwälder
Tagezeitung und den Lauen für Dezember.

Das Volk der Zimmerleute.

Allem Neuen zum Trotz gibt es auch jetzt noch so
etwas wie Jungsteden und Jungsteden bei den sogenann-
ten fremden oder fremdgeschriebenen Zimmerge-
fellen, einer Gesellschaft, deren Hauptort in Bremen
ist, die sonst aber in allen größeren Städten,
mögen sie nun Hamburg, Stettin oder Breslau heißen,
einen Zweig hat. Denn wo sich sieben fremde, also
zugewanderte Zimmergefelten zusammensetzen, kann
eine örtliche Fremdgefellen-Gesellschaft gegründet oder,
in der Sprache ihrer selbst gesagt, das Buch aufgemacht
und ein Vorsitzender oder Altgefelte nebst einem Schrift-
führer oder Buchgefelten gewählt werden. Und zu
zimmern gibt es auf Plätzen wie Stettin und Hamburg
reichlich, aber nicht minder in Kopenhagen und Basel
oder Zürich, in Frankfurt und Leipzig wie in Don-
zig oder Alga. Die Zimmerleute, die nicht fremd
geschrieben sind, das ist die Mehrzahl der Zimmerleute,
werden nicht zu den Kameraden im Freundschafts-
geist gezählt und Vogtländer genannt. Unter diesen ver-
stand man zur Zeit Friedrichs des Großen Zimmer-
leute aus dem Vogtlande, die nicht zünftig waren.
Eine anderen zimmermännische Gesellschaft nennt sich
Hollandsbrüder; sie stammt, wie ihr Name schon an-
deutet, aus Norddeutschland. Außerdem gibt es noch
die Gefellenschaft der Freiheitsbrüder. Diese nehmen
auch Maurer auf und haben weniger strenge Zunft-
regeln, sind also insofern freigeistlicher.

Obwohl mit ihrem zünftigen Leben und Treiben den
Kugen der Mümmenschen entrückt, treten die zünftigen
Zimmerleute nach außen doch in die Erscheinung durch
ihre auffallende Kleidung. In schwarzen Mandelfar-
ben gekleidet, mit eigenartigen, nach unten sich er-
weiternden Hosen (Hamburger Schnitthosen) ange-
tan und mit ungeheuren, kleinen Elefantentallen verglei-
chbaren schwarzen Hühnerfüßen bedeckt, sind sie wohl schon
jedem aufgefallen. Wenn sie des Sonntags, an dem
sie sich gern in vollem Staat zeigen, einen Hühnerhut
auf die Seite rücken, sehen sie dazu herausfordernd,
gar verwegene aus. Während der Mittel oder Walmusch
genannte Kopf einfaches schwarzes Tuch sein kann,
sind Hose und Weste stets aus schwarzem Samt (Kor-
des). Die Kreuzspitze genannte Weste muß zwei Rei-
hen mit je vier weißen Perlmutterknöpfen haben und
immer tief ausgeschnitten sein. Der Hals ist ganz frei;
nur ein schmales schwarzes Bändchen, die „Ehrbar-
keit“, schlingt sich oben durch den Hühnerhut und fällt
in malkischer Wirkung lange auf das weiße Hemd
herab. Die Ehrbarkeit ist bei diesen zünftigen Hand-
werkern das, was bei Verbindungsstudenten Band
und Bierbüchel sind. An ihrer Farbe sind auch die einzel-
nen Gefellenschaften oder Bruderschaften zu erkennen.
Bei den Freiheitsbrüder ist die Ehrbarkeit rot, bei
den Hollandsleuten blau. Erstere tragen auch gerne
große Ohrgehänge, die sie als zünftig bezeichnen.

Und nun das Jungsteden. Der Lehrling wandert,
wenn er angelernt hat und läßt sich in den Kreis der
Zimmerleute aufnehmen wie der Student in eine Ver-
bindung. Das geht mit Sitten und Gebräuchen zu.
Der Junggefelte tritt in bestimmten Formen auf der
ZimmermannsHerberge auf, wird in bestimmtem Redo-
spiel empfangen und spricht beim Meister zünftig vor.
Nicht er wieder in die Welt, so gibt man ihm ein
Ehrengeleite. Er kann Altgefelte werden, wenn er drei
Jahre fremdgeschrieben ist, und gilt als ausgereist,
wenn er sieben Jettel (Ausweise über Einschreibungen
als Fremder) besitzt. Ein ausgeprägtes Standesleben
mit starken sozialen Tugenden, das heißt mit Hilfsberei-
tschaft und Brüderlichkeit, durchzieht ihre Wanderzeit.
Ihr eigentliches gefelliges Leben spielt sich auf der
Herberge ab, das ist in einem Wirtschaftsräume der
Stadt, nicht etwa in einer allgemeinen Herberge. Auf
ihren Trinkgelagen wechseln Kunst- und Mundgefänge
mit oft groben und derben Redereien ab. Unter diesen
spielt das Trubeln, der früheren studentischen Depo-
sition oder Fuchstaufe vergleichbar, eine große Rolle.
Schon die früheren zunftzeitigen Gefellensverbände
ahmten ganz allgemein in manchem den Studenten
nach; umgekehrt haben auch wohl letztere handwerk-
liches Brauchtum unter ihre eigenen Sitten aufgenom-
men.

Unerhöflich sind die zünftigen Zimmerleute in
ihrem Singen und Sagen am Alltag und bei der
Arbeit, beim Wespren und Feiern, beim Wandern und
Lieben. In Redensarten und Sprüchen, in Schelten
und Fälschen tun sie ihr Wesen und ihren Sinn kund,
ihren Zimmermannsstolz und ihren jachen Zimmer-
mannszorn. Unermüßlich sind sie in ihren Späß-
und Schimpfdebekämpfen und unergründlich ist ihr Lügen-
sack, der immer neue Mären, Ränsel und Schwänke, oft
mit nicht wenig Salz und Pfeffer gewürzt, spendet.
Er läßt, daß sich die Gassen biegen, muß wohl zuerst
auf einem Zimmermannsplatz oder Kirchboden geprägt
worden sein. Der Anteil der Stämme an dieser nie-
deren Volksdichtung ist verschieden; aber der schwä-
bische Volksstamm ist außerordentlich stark beteiligt.
Aus den niederen Sphären führen Zimmerprüche, wie
sie beim Hausrichten gesagt werden, Kammlieder und
Handwerkliedchen voll dichterischen Schwungs zu einer
höheren Volksdichtung. Wer wollte z. B. dem auch
sonst als Volkslied bekannten Zimmermannsliede „Was
einst ein jung, jung Zimmergefelte“ Klangreichtum und
Lebensfeligkeit absprechen?

Dieses Bößchen der fremden Zimmerleute, unter
denen die Niedersachsen stark vertreten sind und die
Schwaben sich auszeichnen, ist wie ein unbekanntes
Etwas im deutschen Vaterlande. Wenn Eugen Weiß
daher ein jetzt von Eugen Diederichs in Jena veröffent-
lichtes Buch „Die Entdeckung des Volkes der Zimmer-
leute“ genannt hat, so ist er in vollem Rechte. Und
mit Vergnügen, schreibt Prof. Dr. Adam Brede in der
„Alln. Volkszeitg.“, folgt man seinen Ausführungen
über das Leben dieses Bößchens und ihr Brauchtum
und ergötzt sich an den lustigen, in erster Linie den
Schwaben abgelauchten Sprüchen, Streichen und A-
bern, die einen besonders wertvollen Teil des Buches
ausmachen. Als erste Samlung und Zusammenfas-
sung eines für die Volks- und Gesellschaftskunde wich-
tigen Stoffes gewinnt das Buch erhöhte Bedeutung und
muß als Quellenwerk für weitere Studien betrachtet
werden.



Handel und Verkehr.

Amst. Berliner Weisenkurse v. Donnerstag, 29. Nov.:
(Die Notierungen verstehen sich in Milliarden M.)

1 Dollar: Berlin 4,189,500 G., 4,210,500 Br.

1 Goldmark nach dem Berliner Zollmittelfuß 1 Billion (1 Billion) Papiermark.

1 Goldmark nach dem Berliner Briefkurs 1,0025 Billionen (1,0025 Billionen) Papiermark.

Amsterdam 1596 G., 1604 Br.
Christiania 630,42 G., 633,58 Br.
Kopenhagen 750,12 G., 753,88 Br.
Stockholm 1101,24 G., 1108,76 Br.
Brüssel 195,510 G., 196,490 Br.
London 18354 G., 18446 Br.
Schweiz 734,16 G., 737,84 Br.
Italien 181,545 G., 182,155 Br.
Paris 227,43 G., 228,57 Br.
Spanien 542,64 G., 545,36 Br.
D-Oesterreich 0,05985 G., 0,06015 Br.
Srag 121,695 G., 122,305 Br.

Wirtschaftszahlen vom Donnerstag:

Verf. des Geld:
2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark
1,05 " = 1050 " "
0,42 " = 420 " "
0,21 " = 210 " "

Umrechnungssatz für Steuern und Zölle (28.) 1 Btl.
Silberankaufpreis (vom 25. Nov.) ab 400 Ra.-fach.
Lebenshaltungsziffer (26. Nov.) 1535 Ra.-fach.
Lebensmittel (Großhandel, 20. Nov.) 1342,5 Ra.-fach.
Stuttgarter Index (26. Nov.) 1310,6 Ra.-fach.
Großhandelsindex (27. Nov.) 1422,9 Ra.-fach.
Einfuhrwarenindex (27. Nov.) 1627 Ra.-fach.
Inlandswarenindex (27. Nov.) 1382 Ra.-fach.
Industriekoste (27. Nov.) 1573,1 Ra.-fach.
Buchhändlerkassensatz (ab 29. Nov.) 1100 Ra.-fach.
Buchdruckerkassensatz (ab 28. Nov.) 50 Ra.-fach.

Altkäse Butter- und Käsebörsen, 28. Nov. Butter
1,50-1,75, Konsumreifer Weichkäse 0,55-0,60, ausgebeizter Rundkäse ohne Angebot, konsumreifer Rundkäse 1,22-1,45 Mf. pro Pfd.

Markterzeuger Produktbörsen, 28. Nov. An der Börse zeigte sich das gleiche Bild wie an den anderen Getreidemärkten. Das Geschäft blieb klein. Bezahlt wurden für: Weizen 26,5-27, Roggen 24,25, Gerste 21,5, Haber 19, Weizenmehl 37,25-38, Roggenmehl 35,75 bis 36, Kleie je nach Fabrikat 10,5-12 Goldmark alles pro 100 Kilo; Getreide ohne, Mehl mit Sad.

Die deutschen Kleinhändlerpreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Betracht kommen.

Amst. Berliner Produktnotierungen vom 29. Nov.:
Weizen, märk. 192-195, stetig; Roggen, märk. 173 bis 176, stetig; Sommergerste, märk. 196-203, stetig; Haber, märk. 164-167, stetig, pommer. 160 bis 167, stetig, in Goldanleihe oder Rentenmark. Weizenmehl 33-36,5, stetig; Roggenmehl 30,33, stetig; Weizenkleie 7,8-8, stetig; Roggenkleie 7,8-7,8, stetig; Viktoriaerbsen 45-55; H. Speiseerbsen 33-36, stetig; Poluscher 17-19, Serabella 1920 20-23; Kapselchen 13; Torfklasse 7; Kartoffelstoden 18-19, in Goldanleihe oder Rentenmark.

Stuttgarter Landesproduktbörse vom 29. Nov. Das Angebot ist etwas größer. Für 100 Kilo gesunde, trockene Waren wurden ab württ. Stationen folgende Großhandelspreise notiert: Weizen 32-33 Billionen (24,5-25,5 Goldmark), Sommergerste, württ. 27 bis 28 Bll. (21-22), Roggen, württ. 28-29 Bll. (22,5 bis 23,5), Haber 21,5-22,5 Bll. (17-18), Weizenmehl Nr. 0 55-60 Bll. (46-48), Brotmehl 53-55 Bll. (42-44), Kleie 10-11 Bll. (8-9), Weizenheu 9-10 Bll. (7-8), Kleeheu 11-12,5 Bll. (9-10), Stroh 9-10 Bll. (7-8 G.M.). Sämtliche Preise sind gegenüber der letzten Börse unverändert.

Stuttgarter Marktberichte vom 29. November. Die Richtpreise waren wie folgt festgesetzt: Obst: Edeläpfel (alles in Goldpfennig) 19-21, Tafeläpfel 12-19, Spalterbirnen 20-25, Trauben (richtpreisfrei) 150, Tomaten 26. Gemüse: Kraut 0,8-1, Rotkraut 8 bis 10, gelbe Rüben 3-4, rote Rüben 7-10, Röhrl 4 bis 6, Zwiebeln 12-16, Bodenbohnen 1-2,5, Spinat 15-20, Winterkohl 10-12 das Pfd., Rettiche 1-6, Endivien 5-12, Rosenkohl 5-10 das Stück. Fett: Schweineschmalz 200, Margarine 95-120, Rofosfett 120, Palmöl 150, Rinderfett 140-150, Speisefett 150, geräucherter Speck 200, Fettgänse 180 das Pfd., Salsol 240 das Pfd. Käse: Emmentaler 250, Schweizer 210-230, Rahm 180-200, Badische 150 das Pfd. Kalkfeier kosteten 22, italienische Eier 28, Fleckvieh 12-18 das Stück. Sonstiges: Mehl 40, Feigwaren 60-90, Weizengries 60, Maisgries 50, Haberstroh 50-60, Reis 50-60, Erbsen 45-55, Bohnen 50-55, Linsen 50-65, Schnitz 60 Sauerkraut 12 Goldpfennig das Pfd.

Stuttgarter, 29. Nov. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren angetrieben: 107 Ochsen, 13 Bullen, 150 Jungbullen, 152 Jungkühe, 245 Kühe, 246 Kälber, 124 Schweine, 53 Ferkel, 206 Schafe, 1 Flegel. Verkauf des Marktes: langsam; alles verkauft. Preis pro Hund Lebendgewicht, in Goldpfennigen: Ochsen erste Qualität 58-60, zweite 44-55, Bullen erste 57 bis 59, zweite 45-55, Jungbullen erste 58-61, zweite 52-56, dritte 45-50, Kühe erste 46-52, zweite 33 bis 44, dritte 20-30, Kälber erste 69-70, zweite 64 bis 67, dritte 55-62, Schweine erste 120, zweite 110 bis 115, dritte 95-105, Hammel geschl. 105-115, Schafe 80-100. Multiplikator: 1 Billion.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laub.

Letzte Nachrichten.

Der dem Abbruch der Kabinetsbildung?

WZB. Berlin, 30. Nov. Die Verhandlungen des Abgeordneten Marx über die Kabinetsbildung sind soweit fortgeschritten, daß sie voraussichtlich heute Vormittag zum Abschluß gebracht werden können.

Die Berufung des Senatspräsidenten Marx zur Kabinetsbildung.

WZB. Berlin, 29. Nov. Nachdem der Abgeordnete Stegerwald dem Reichspräsidenten mitgeteilt hatte, daß er den Auftrag zur Kabinetsbildung nicht übernehmen könne, weil ein Kabinett nach seiner Überzeugung zur Zeit nicht möglich sei, beauftragte der Reichspräsident den Abgeordneten und Senatspräsidenten Marx mit der Kabinetsbildung. Dieser hofft, dem Reichspräsidenten noch heute seinen Vorschlag zur Bildung einer Regierung, die sich auf die Koalition aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten mit wohlwollender Neutralität der Sozialdemokraten stützt, unterbreiten zu können.

Um die Kabinetsbildung.

WZB. Berlin, 30. Nov. Den Vätern zufolge bemühte sich Reichstagsabgeordneter Marx gestern bis in die Nachtstunden um die Bildung des Reichskabinetts. Er war dabei von dem Gedanken ausgegangen, eine Regierung zu bilden, die sich in der Hauptsache auf die Parteien der Mitte stützt, ohne eine eigentliche Koalitionsregierung zu sein und die nicht ohne Verbindung nach rechts und links ist. Um eine Brücke zu den Deutschnationalen zu schlagen, hat sich Abgeordneter Marx an den demissionarischen Abgeordneten Schiele gewandt, um ihn zur Übernahme des Ernährungsministeriums zu bewegen. Schiele wird seine Antwort von der Entscheidung des Reichs-Landesbundes abhängig machen. Ueber die weitere Befehung des Kabinetts bestehen bis zur Stunde nur Vermutungen.

Strenge Maßnahmen.

WZB. Berlin, 29. Nov. Der amtliche preussische Pressedienst schreibt: Viehschlag wird im Kleinhandel bei Zahlung in Dollarschillingen und Goldanleihe ein größerer Rabatt gewährt. Eine Anzahl von Geschäften schließt dabei die Rentenmark aus. Die preussischen Polizeiverwaltungen haben nun Instruktion erhalten, Geschäfte, die Rabattsätze bei Rentenmarkzahlungen ausdrücklich verweigern, zu schließen. Eventuell kann auch Entziehung der Handelsverkaulnis zur Anwendung kommen. Geschäfte, die die Annahme von Papiermark verweigern, sollen ebenfalls sofort unter gleichzeitiger Entziehung der Handelsverkaulnis von der Polizei geschlossen werden.

Entwaffnung der Separatisten in Duisburg.

WZB. Duisburg, 30. Nov. Die Separatisten wurden gestern von der belgischen Gendarmen entwaffnet. Damit hat die Separatistenperspektive in Duisburg ihr Ende gefunden.

Magold. Löwen-Lichtspiele

Sonntag 2.30 4.30 u. 8.15 Uhr.

Neptuns Tochter

Film-Regende nach dem gleichen Roman in 7 Akten.
Hauptdarstellerin die berühmte Weltmeisterin Schafis-Schwimmerin Anette Kellermann.

Sowie Lustspiel.

Jugendl. haben auch Zutritt.

Montag Abend 8 Uhr
Edici Polos Zirkuskönig
6 Akten 1. Teil.

Zimmerfeld.

Verkaufe ein Paar

Jäger-Schweine

Werden auch einzeln abgegeben.

Job. Wurker, Wehger.

Mädchen

welches schon gebient hat,
sucht Stelle
in Haus- oder Landwirtschaft.
Wer? - sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einstell-Ochsen

tauscht gegen einen fetten.
Wer? - sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schwein

einzutauschen gegen Lieferung von la Weizen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Anfichtskarten-Album

sind in schöner Auswahl zu haben in der

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Unsere Postbezieher

machen wir höflich darauf aufmerksam,
daß die Postämter

Bestellungen unserer Zeitung für den Monat
Dezember nur noch bis einschl. 1. Dezember
entgegennehmen.

Wer seinen Bezugspreis für Dezember
noch nicht entrichtet hat, möge dies so-
fort beim Postboten oder der Postkassant tun.

Auf den festgesetzten Dezemberpreis
erfolgt keine Nacherhebung.

Nach dem 1. Dezember nimmt die Post
für den Monat Dezember keine Bestellungen
mehr an.

Spätere Bestellungen können nur
noch in der Geschäftsstelle unseres Blattes ge-
macht werden.



Der richtige Weg für alle Steuerpflichtigen, Dekonomen und Gewerbetriebe

Organisations-Contibuch fürs Finanzamt!

Allseitig anerkannt, eingeführt und empfohlen.

Umsatz-, Einkommen-, Inventurabschluss ohne Buchführung.

Kostenlose Besichtigung und Verkauf in der W. Rieker'schen Buchhandlung in Altensteig.

